

Auf Kurs bleiben

Rede von Dr. Wolfgang Gerhardt MdB

Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Anlässlich der Verleihung der der Reinhold-Maier-Medaille

Ich danke sehr herzlich für die Auszeichnung mit der Reinhold-Maier-Medaille. Der Namensgeber war ein bodenständiger Liberaler und ein freiheitlich gesinnter Mann. Er hat unter großen Anstrengungen einen Beitrag für unser Land geleistet um es aus der größten Katastrophe seiner Geschichte heraus zu bringen und ihm eine Zukunft zu ermöglichen. Seine persönliche Ausprägung hat zugleich auch seine Identität bestimmt. Beheimatet im südwestdeutschen Liberalismus, einer kulturellen Ausprägung von Politik, die mir sehr behagt und er ich mich angehörig fühle. In seinem Geist, mit neuer Kraft, bei neuen Aufgaben sollten wir arbeiten.

Der 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika wird am 20. Januar vor dem Kapitol in Washington vereidigt werden. Er hat die Chance aus dem Westen wieder ein überzeugendes politisches Programm zu machen. Deutschland sollte sich daran beteiligen, ja sogar ein Führungsrolle mit übernehmen. Kein Land braucht die europäische Einbettung und arbeitsfähiges atlantisches Bündnis so sehr wie wir. Die gemeinsamen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen potentiale sind überragend. Es gibt zum atlantischen Bündnis keine ernsthafte geostrategische Alternative.

Europa ist aus dem gröbsten heraus, aber es ist noch nicht da angekommen wo es sein will. Es poolt Souveränität wie kein anderer Kontinent um einen Rückfall in alte Konflikte zu vermeiden. Aber die Nationalstaaten haben einen längeren Atem als nach den geschichtlichen Katastrophen erwartet worden war. Ihre Gesellschaften verarbeiten in Mittel- und Osteuropa noch erlittene Unbill unter der Vergletscherung des

früheren sowjetischen Imperiums und im Westen überschätzen viele nationale Führungseliten ihre eigenen Möglichkeiten in einer globalisierten Welt.

Niemand ist alleine auf der Welt. Es gibt weltweit neue Akteurskonstellationen, es gibt Newcomer. Es gibt Menschenrechtsverletzer, es gibt „failed states“, es gibt Kulturen der Unterdrückung. Eines gibt es nicht mehr: Stammlätze.

China wird Zug um Zug Produkte immer besserer Qualität herstellen. Seine Wachstumsraten werden beachtenswert sein.

Indien, das in diesem Tagen von schrecklichen Terroranschlägen heimgesucht wird, ist und wird der IT-Provider der Welt bleiben. Es hat auch Chancen auf anderen Gebieten. Vor allem aber hat es eine große wissbegierige junge Generation.

Lateinamerika ist ein Puzzle strategischer Entscheidungen. Es beheimatet Wachstum und Demokratie, aber auch zerstörerische Führungspersonlichkeiten.

Afrika ist unser südlicher Nachbar, wenn es ihm nicht gelingt seine internen Konflikte zu lösen und Krankheiten zu unterbinden, die ganze Gesellschaften zerstören können werden wir in Europa Probleme bekommen.

Die Energieellipse vom Kaspischen Meer bis zum Mittelmeer ist katastrophenschwanger. Das Schlüsselthema Israel – Palästina noch immer nicht gelöst. Jedes Kind kennt mittlerweile das was getan werden muß, aber die jeweiligen Verantwortlichen bringen es nicht zustande.

Russland wird sich nicht so schnell in eine Westminsterdemokratie entwickeln. Ein Teil seiner politischen Eliten hat sich zudem in imperialer Nostalgie verfangen. Das kann seine internationale Rolle nicht sein.

Die große kulturelle Herausforderung ist der Dialog mit der islamischen Welt. Wir sollten Vertretern konfrontativer Weltsicht dabei nicht die Bühne überlassen. Religionen sollen Gott oder Allah verehren, so schreibt der frühere Limburger Bischof Kamphaus, sie sollen aber nicht Gott oder Allah spielen.

Vieles hat sich geändert seit Ende der alten bipolaren Welt. Wenn wir uns nun mit dieser Erkenntnis an eine Inventur in Deutschland machen so stellen wir nach genauer Durchsicht fest, wir aber eher nicht.

Tarifverhandlungen in Flächentarifen werden noch immer so geführt, als ob es nur Deutschland und seine Branchen gäbe. Die ganz alte arbeitsmarktpolitische Apotheke, deren Mittel schon bisher wenig zur Beschäftigungsdynamik beigetragen haben, ist weiter in Betrieb. Unsere kollektiven Sicherungssysteme deren Grundlagen wackeln sind unverdrossen auf der Suche nach neuen Geldquellen. Die Selbständigkeit als substantielle kulturelle Grundlage einer freiheitlichen Ordnung ist beeinträchtigt.

Nach einer großen Werteumfrage der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die demnächst veröffentlicht werden wird, liegen Sicherheit und Gleichheit vor Freiheit und Eigenverantwortung. Das ist für Deutschland katastrophal, denn die Verringerung des Risikos geht am Ende auch immer auf Kosten der Freiheit, wie Hermann Flach zutreffend gesagt hat. Bürger zu sein kann sich schließlich nicht in dem Besitz eines Personalausweises, der Pflege des Vorgartens und dem gelegentliche Besuch des Fitnessstudios erschöpfen. Ein Staatskunde ist nicht das was die Verfassungsgeber unter Bürger verstanden.

Aber auch die Politik muß heraus aus dem Bodenturnen. Notwendig ist echte policy making power um Probleme zu lösen und Veränderungen zu erreichen. Der Programmverzicht darf nicht zum Programm erhoben werden.

Eine Art politischer Spielbetrieb beschäftigt sich angesichts einer Reihe von bevorstehenden Wahlen mit der Frage, wer mit wem. Bevor das Ganze in reiner Addition von Prozenten und Anzahl von Sitzen in Parlamenten endet muß dringend darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine Zusammenarbeit zwischen Parteien von einem Mindestmaß an Übereinstimmung in politischen Zielen begleitet werden sollte.

Daß demokratische Parteien zu einer Zusammenarbeit fähig sein sollten ist eine Binsenweisheit, daß sie aber auch gemeinsame Problemlösungsfähigkeit entwickeln müssen folgt auf dem Fuße. Und da liegt der Hase im Pfeffer.

In Deutschland hat sich eine übermächtige Kultur der Staatsorientierung entwickelt. Das Kollektiv wird bevorzugt, viele Entscheidungen von Einzelnen -das Geheimnis des Erfolgs marktwirtschaftlicher Ordnungen, das Ludwig Erhardt so unermüdlich den Deutschen vermitteln wollte- hat nie wirklich tiefen kulturellen Boden gewonnen. In Deutschland herrscht eher ein Misstrauen gegen die Freiheitspotentiale der Einzelnen vor. Viele haben Angst davor, manche fürchten zudem daß Freiheit anderen mehr nutzt als ihnen selbst.

Politik erscheint zu vielen nur noch als legitim wenn sie zur Stabilität beiträgt, die Versorgung mit Gütern sichert, Freizeit- und Statusgewinn möglich macht und vermehrten Individualkonsum garantiert. Damit schrumpft Politik auf eine Art Wachstumsvorsorge für alles und jedes zusammen. Sie wird zu einer Art Dienstmagd, die man beliebig herumschubsen kann und Politikerbeschimpfung wird in der Folge gerade zu noch als Verfassungsauftrag empfunden.

Ein ernsthafter Beitrag kann der Politik nur gelingen, wenn sie sich dagegen wehrt, selbst Markenpflege betreibt, eine eigenen Würde des Politischen begreift und wenn eine Gesellschaft ihrer politischen Führung auch ein hinlänglich freien Rahmen des Disponierens und des

Entscheidend zugesteht. Dazu fehlt aber in unserer Gesellschaft oft die Akzeptanz. Man erwartet Nehmen ohne zu Geben, die Segnungen des marktwirtschaftlichen Systems, nicht aber die Risiken, alle Regelungen aber nicht die Kompetenzen dazu. Wer diesen Zielkonflikt nicht benennt, der ist zu Inkompetenz verurteilt.

Der Abbau der viel zu hohe Staatsquote ist notwendig. Er ist aber nur zu erreichen, wenn die Haushalte auch auf der Ausgabenseite konsolidiert und nachhaltige generationengerechte soziale Sicherungssysteme vorangebracht werden. Das wiederum ist nur zu erreichen, wenn soziale Sicherungssysteme von den Kosten der Arbeit getrennt werden und mehr eigene Verantwortung den Bürgern überlassen wird. Das geht nur, wenn eine Steuerreform, den Bürgern mehr vom Ertrag ihrer Leistungen belässt. Dazu wiederum muß ein weit verbreiteter Politikstil der Verteilung von Zuwächsen in der Gegenwart geändert und durch einen Politikstil der Bewältigung von Zukunftsaufgaben ersetzt werden. Dazu wiederum fehlt vielen in Gesellschaft und Politik der Mut und der lange Atem. Viele wollen alles, die meisten alles gleich und das Denken in Wirkungsketten wird geradezu ausgeblendet.

Es geht oft drunter und drüber. Die Politik ist manchmal kleinkariert rechenschaftspflichtig, zutraulich und nahbar, ohne den Menschen aber wirklich näher zu rücken. Die jüngsten hessischen Vorgänge bilden ein besonders groteskes Beispiel. Mit der jämmerlichsten aller Utopien, dem Status quo in der Sozialpolitik, den alten schulpolitischen Debatten, die sich in Hessen alle Jahre, seit den Sechzigern wiederholen und nicht enden wollen und ökologischen Glaubensbekenntnissen, die durch Staaten nicht erhärtet werden. So ein Aufbruch verlangte eher nach blinder Gefolgschaft als nach intellektueller Qualität und daran ist er schließlich auch zu Recht gescheitert. Vier Abgeordnete haben schließlich die Notbremse gezogen. Eine von ihnen, Frau Everts, hat den treffenden Satz gesagt: „Für eine richtige Entscheidung gibt es keinen falschen Zeitpunkt.“

Der Zorn heiligt nicht die Mittel, möchte man denen zurufen, die in einer verfassungsverletzenden Art und Weise mit ihr und den anderen drei Abgeordneten umgehen.

Das freie Mandat ist die Voraussetzung für Unabhängigkeit schlechthin. Es gibt die Kraft, die für einen freiheitlichen Politikentwurfs notwendig ist. Freiheit darf nicht metallisch klingen. Es geht nicht um cold projects, wie Dahrendorf das Gefühl von Menschen gegenüber manchem Staatshandeln beschrieben hat. Das Programm des politischen Liberalismus darf und wir niemanden in menschenunwürdige Not kommen lassen. Hinter Freiheit muß ein politisches Engagement stehen das sie zur erfüllten Freiheit für möglichst viele macht.

Ohne Befreiung von Not kann niemand an der Freiheit teilhaben. Ohne Bürgerecht auf Bildung kann niemand Chancen der Freiheit nutzen. Ohne Spielregeln für den Markt und ohne Marktwirtschaft würde sich unkontrollierte politische und wirtschaftliche Macht entfalten.

All das setzt aber noch lange nicht voraus, daß wir eine Gesellschaft stetig entmündigen und ihr eine Art Organisation eines politisch betreuten Volksheimes Bundesrepublik Deutschland vorgaukeln. Der Staat ist nicht die Lebenserfolgsressource schlechthin. Die Qualität der Biografien von Menschen ist abhängig von ihren natürlichen und erworbenen Fähigkeiten. Den Menschen muß Selbstvertrauen vermittelt werden. Darauf wird in Deutschland nicht trainiert. Darauf kommt es aber an.

Menschen müssen die charmes of liberty, die sonst nur die Geburtsstunde freiheitlicher Ordnungen umwehen, wie Dahrendorf so schön schreibt, mindestens erahnen können.

Wir sollten als Programm einer freiheitlichen Politik an Kant festhalten. „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen sich seines Verstandes ohne Leitung eines Anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist dies Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben

nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt sich seiner ohne Leitung eines Anderen zu bedienen.“

Die Welt der Zukunft ist eine Welt des Lernens. Lernen ist der entscheidende Nachhaltigkeitsfaktor wirtschaftlich, kulturell, sozial und politisch. Eine Steigerung der Bildungsausgaben allein reicht zu seiner Grundlegung allerdings nicht aus. Auch nicht mehr Unterricht, noch neue Lehrpläne oder Qualitätsprogramme. Auch nicht die Zuständigkeitsdiskussion zwischen Bund und Ländern und auch nicht ein Zentralabitur. Es geht nicht um laute Innovationsgeräusche wie mancher Bildungsgipfel sie erzeugt. Es geht um Kompetenzen, es geht um Lehrer und Elternhäuser. Es geht um die Art und Weise wie Wissen in der Schule vermittelt wird, aber auch wie Haltungen Werte und Einstellungen im Elternhaus vorgelebt werden. Es geht für Kinder um eine Anregungsfreundliche Umgebung und es geht um die Kultur und den Willen zum Lernen. Sie sind das eigentliche Ethos der Solidarität und nicht der Gesundheitsfonds.

Die Umverteilungsmarge des Sozialbudgets wird häufig als wichtigstes Kriterium der moralischen Qualität sozialstaatlicher Politik empfunden. Den Eindruck von Gerechtigkeit aufrecht zu erhalten um die Gunst des Wählers nicht zu verlieren, das ist die Gleichung die meisten sozialpolitischen Verteilungskonzepten der Gegenwart zu Grunde liegt. Wer Menschen wirklich helfen will, wer ihnen mehr bieten will als haltlose Versprechen in Wahlkampfzeiten, der muß ein zustimmungsfähiges, verständliches und nachhaltiges Umbauszenarium des deutschen Sozialstaates entwerfen statt für brüchig gewordene soziale Systeme immer neue Geldquellen zu erschließen.

Teilhabe muß die Zielsetzung einer neuen Sozialpolitik sein. Entscheidend aber ist, daß Menschen, die in einer existenzbedrohende Situation gekommen sind die Möglichkeit erhalten sich aus dieser Lage auch durch eigene Anstrengung, im wahrsten Sinne des Wortes, wieder herausarbeiten zu können. Sie, die Teilhabe ist der Kern der neuen

sozialen Frage, denn die bisherigen Sozialstaatsangebote haben den sozialen Ausschluß nicht verhindern können. Ein Paradigmenwechsel ist notwendig.

Die Vorgänge auf den Finanzmärkten, der Kollaps von Banken und der staatliche Rettungsversuch bestätigen scheinbar alle Vorurteile, die ohnehin gegen Marktwirtschaft unterwegs sind. Bevor aber nun wieder das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird, muß festgestellt werden, daß das Eingreifen des Staates, das gegenwärtig notwendig und unumgänglich ist, den Staat noch lange nicht zum besseren Banker macht. Er selbst und seine Aufseher waren bei vielen Fehlentscheidungen dabei. Der Staat muß Regeln setzen. Ganz offensichtlich haben die bisherigen nicht genügt. Deshalb müssen sie korrigiert, an der einen oder anderen Stelle verbessert werden.

Aber alles ist nur dann zielführend, wenn, wie die Neue Züricher Zeitung schrieb, der Krankheitsherd getroffen, die richtige Dosis eingesetzt, die Nebenwirkungen klein gehalten, Suchgefahren vermieden und nach Erledigung der notwendigen Maßnahmen ein geordneter Rückzug vorgenommen wird. Für Liberale ist deshalb der Eingriff des Staates nicht das Ende der Marktwirtschaft. Im Gegenteil. Ein Staat muß sie sichern, er muß ihr Spielregeln geben und muß darauf achten, daß ein Durchbrechen von Spielregeln auch sanktioniert wird. Das war übrigens das Programm der sonst aus historischer Unkenntnis so heftig kritisierten Neoliberalen. Diejenigen deren Programm der Staatsinterventionismus ist sollten Zweifel haben ob eine Politik, die noch nicht einmal sachgerecht mit der Entfernungspauschale umgehen kann am Ende überall dabei sein sollte.

Der Faschismus lockte mit Bindung und Führung. Der Kommunismus mit Bindung und Hoffnung. Ralf Dahrendorf beschreibt beides überzeugend als Versuchung der Unfreiheit, der auch viele Intellektuelle erlagen. Solche Sehnsüchte können in anderen Uniformen immer wieder erscheinen. Auch heute noch gefallen sich viele in geschmäcklicher Ablehnung der Herausforderungen der Freiheit. Andere reihen sich in

eine verhängnisvolle Tradition antiliberalen Denkens ein. Es gibt viele Gerechtigkeitsrethoriker die Menschen erneut hinter Beglückungsbannern sammeln wollen.

Der Kieler Philosoph Wolfgang Kersting beschreibt den Liberalismus als eine Bewegung, die Bindungen gelockert, Autoritäten gestürzt und Gewissheiten abgeschafft hat. Er verlange ein gewisses Modernitätsspensum. Die Entwicklung des Seelen- und Gefühlshaushaltes mancher unserer Mitbürgerinnen und Bürger haben allerdings mit der Entwicklung ihrer eigenen Konsumgewohnheiten nicht immer Schritt gehalten. Ihr Konsumindividualismus sei gewaltig, ihr Verantwortungsindividualismus dagegen gering. Deshalb sei es für den Liberalismus so schwer geliebt zu werden. Denn die mit ihm möglichen Annehmlichkeiten würden zu gerne in Kauf genommen, die verantwortungsethische Verpflichtung aber eher mit Schulterzucken beantwortet. Auch wenn wir wieder in der Werbung für eine freiheitliche Gesellschaft das Gefühl haben wieder von vorne anfangen zu müssen – das hat auch Reinhold Maier getan- wir müssen es tun. Denn ohne Freiheit ist alles nichts.